

Sarrazin-Debatte:

Die Stammtische haben ein Mitspracherecht

Von Thomas Schmid

Es ist gut und gehört sich, dass in der Öffentlichkeit nicht alles gesagt werden kann. Durch das deutsche und sowjetische 20. Jahrhundert belehrt, wissen wir, dass die Decke der Zivilisation dünn ist und Schreckliches unter ihr lauert. Es in Schach zu halten gehört zu den zivilisatorischen Pflichten. Nicht jeder Antisemit darf daherreden, wie ihm der Schnabel gewachsen ist.

Es ist aber auch nicht gut, wenn die Grenzen des öffentlich Sagbaren allzu eng gezogen werden. Das jedoch geschah, ziemlich reflexhaft, im Falle der Bemerkungen, die Thilo Sarrazin zu der Frage machte, ob und wie bestimmte Ausländergruppen integrationsfähig und integrationswillig sind.

Man kann gegen Sarrazin einwenden, dass er als Vorstand der Bundesbank solche Anmerkungen zu den Niederungen des großstädtischen Alltags zu unterlassen habe: Die Rolle, die er zu spielen hat, erfordere nun einmal ein Höchstmaß an meinungsmäßiger Abstinenz. Und man kann auch gegen ihn einwenden, dass er mit einer gewissen ingrimmigen Lust überzeichnet hat und vielleicht jenen kleinen Schritt zu weit gegangen ist, mit dem er die Grenze des Schicklichen gequert hat.

Dennoch hat die weitverbreitete Empörung über Sarrazin etwas sehr Bigottes. Aus zwei Gründen. Erstens weiß jeder, dass vieles von dem, was er sagte, zutrifft. Und zur Redekultur eines freien Landes gehört das Recht, drastisch zu werden und polemisch über die Stränge zu schlagen. Dieses Recht zu verteidigen ist auch eine Pflicht. Der öffentliche Diskurs muss mehr und Heftigeres sein können als gepflegtes Deckchensticken.

Und zweitens ist der Abscheu, der Sarrazin entgegenschlägt, auch die bisher letzte Welle einer Korrektheitskultur, die das Gute will und leicht das Böse schaffen kann. Vor noch nicht einmal zehn Jahren meinten heute noch prominente Politiker der Grünen zu dem Vorschlag, man solle auf in Deutschland lebende Ausländer doch Druck ausüben, die Sprache des Landes zu lernen, dies sei abscheuliche „Germanisierungspolitik“. Sarrazin hat gesagt, was doch auf der Hand liegt: Ein Land, das integrieren will, muss in ihm lebende Ausländer nötigen, die eigene Integration auch als Bringschuld zu sehen und zu akzeptieren.

Es ist mit bloßen Augen zu sehen, dass das vielerorts nicht geschieht. Dies aus einem sozialarbeiterischen oder humanistischen Impuls heraus zu verschweigen oder herunterzuspielen bringt gar nichts. Im Gegenteil, es verstärkt den Unmut vieler, die Tag für Tag auf ihren Straßen und in ihren Häusern erleben, dass Integration Mangelware ist.

Das erzeugt Zorn, der leicht aus der Haut fährt. Ihm das Recht auf die öffentliche Sphäre zu verweigern hilft nichts. Im Untergrund der Seelen wüchse er nur weiter an, zu gefährlicher Kraft. Die berühmten, geschmähten und oft verkannten Stammtische haben ein Recht, das Ihre zum Diskurs beizutragen. Auch das muss eine zivile Gesellschaft aushalten. Zumal sich die Stammtische so sehr gar nicht von den Küchen-, Mensa- und Akademietischen unterscheiden. Wäre die Welt denn eine bessere, wenn Sarrazin geschwiegen hätte?

Die Welt, 18.10.2010

**SERIE LETTRES ET ARTS
ALLEMAND
ANALYSE LV1 TEXTE HORS
PROGRAMME**

Zu Gutenbergs Fall

Ikarus

Von Berthold Kohler

Karl-Theodor zu Guttenberg hat es gewusst: Es könne einmal alles ganz schnell vorbei sein. Doch glauben wollte er es nicht, nicht im eigenen Fall. Im Vertrauen auf seine politische Ausnahmestellung nahm er an, die Plagiatsaffäre abwettern zu können. Darin hat er sich getäuscht. Auch in der Stratosphäre gelten noch die Gesetze der Schwerkraft. Die Affäre, die mit „vergessenen Gänsefüßchen“ begann, zehrte immer mehr von seinem größten Kapital auf, seiner Glaubwürdigkeit. Das konnte gerade derjenige nicht in Amt und Würden überstehen, der als Musterbeispiel von Anstand und Geradlinigkeit auftrat und auch so verehrt wurde. Die Maßstäbe, die er bei anderen anlegte, musste er auch für sich selbst gelten lassen.

Gutenbergs außerordentliche Beliebtheit, zu der er es in kürzester Zeit brachte, hatte einen Grund: Er war der Ritter ohne Fehl und Tadel in schimmernder Rüstung, neben dem das restliche politische Personal, ob Freund oder Feind, wie ein Haufen Landsknechte aus dem Dreißigjährigen Krieg wirkte. Der Spross aus adeligem Hause, der aus Versehen in die Politik (und erst recht in die CSU) geraten zu sein schien, stellte die ideale Projektionsfläche für die weitverbreitete Sehnsucht nach dem letztlich unpolitischen Politiker dar: allein der Sache verpflichtet, dem gesunden Menschenverstand folgend, über den Parteien stehend und dabei alle bürgerlichen „Sekundärtugenden“ aufweisend. Guttenberg war der Ein-Mann-Gegenentwurf zum Parteiensystem und zum klassischen Parteien-Politiker, über den so viele verdrossen sind. Diesen Alleinstellungsanspruch erhob und pflegte er bis zuletzt, bis in den letzten Satz seiner Rücktrittserklärung hinein.

Von diesem Über-Politiker wollten seine Verehrer – Anhänger ist dafür oft ein zu schwaches Wort – um keinen Preis lassen. Ein solcher Überirdischer konnte nicht wirklich etwas Falsches begangen haben; und wenn, dann nur lässliche Sünden. Als sich im Verlauf der Affäre herausstellte, dass Guttenberg a) auch nur ein Mensch ist und b) in Bedrängnis kein bisschen anders handelte als der gewöhnliche Politiker, half zur Entlastung nur noch der Kampagnenvorwurf.

Tatsächlich gibt es in solchen Fällen auch in den Medien immer eine Art Herdenverhalten, auf dem Weg nach oben wie auf dem Weg nach unten. Als Guttenberg noch in den Himmel gehoben wurde, hat sich das Publikum über solche Phänomene auch nicht beschwert. Wer jetzt aber die Schuld für Gutenbergs Sturz bei einer Verschwörung zur Liquidierung einer Lichtgestalt aus allerlei niederen Motiven sieht, macht es sich und auch ihm zu einfach. Guttenberg ist gestürzt, weil er nicht der Unfehlbare war, für den ihn viele hielten und auch noch nach Beweis des Gegenteils halten wollten.

Guttenberg und seine Verteidiger in der Union unterschätzten von Anfang an, wie sehr die Plagiatsaffäre den Kernbereich bürgerlichen Selbstverständnisses traf. Es ging nie nur um „Gänsefüßchen“ oder „Fußnoten“: Es ging um Aufrichtigkeit, Glaubwürdigkeit, Vorbilder, Stolz auf die eigene Leistung, Respekt vor dem geistigen Eigentum anderer, Vertrauensverhältnis zwischen Lehrer und Schüler und viele andere Werte, die bei weitem nicht auf die Welt der Akademiker beschränkt sind.

Der Versuch der Kanzlerin, Guttenberg dadurch im Amt zu halten, dass sie Politik und Wissenschaft unterschiedliche Tugendsätze zumaß, war nicht nur im praktischen Krisenmanagement ein Fehler von einem Ausmaß, wie sie ihn bisher selten beging: Mit

1/2

diesem gescheiterten Entkopplungsversuch holte sie die ganze Empörung der wissenschaftlichen Welt in die politische Auseinandersetzung. An Aussitzen war danach nicht mehr zu denken. Die Kanzlerin wärmte mit diesem Zug aber auch wieder die Frage auf, wie es denn um ihren eigenen Wertekanon bestellt sei. Doch auch dieses Opfer half nichts: Der Ikarus der deutschen Politik war nicht mehr in der Luft zu halten. Er hätte sich vieles erspart, wenn er und jene, die ihm zurieten zu bleiben, das früher verstanden hätten.

Er hätte ohnehin nicht an dem Rollenfach festhalten können, für das er so viel Applaus bekam. Ob er eines Tages in das „politische und mediale Geschäft“ zurückkehrt, das er selbst so gerne betrieb, bis er dessen „zerstörerische Wirkungen“ am eigenen Leibe kennenlernte, ist offen. Sollte er es tun, käme er weitgehend befreit von einer Hypothek zurück, die seine weitere politische Laufbahn enorm belastet hätte. Schon die Rücktrittserklärung enthält bis hin zum Rücken der Soldaten, der nicht leiden soll, alle Elemente, die ihm nachhallende Verehrung sichern werden: im Felde unbesiegt.

Viele werden jetzt beklagen, dass der „Anständige“ in der Politik ganz sicher der Dumme sei und diese auch noch ihren einzigen Charismatiker verloren habe. Doch hätte ein – wie die wachsende Empörung der vergangenen Tage zeigt – nicht kleiner Teil der Deutschen in ihm auch ein dauerhaftes Beispiel dafür gesehen, dass die oft gerügte Kluft zwischen Worten und Taten, zwischen Anspruch und Wirklichkeit, selbst noch bei Ausnahmeerscheinungen auseinanderklafft. Ein Rücktritt wie dieser kann für einen eben erst aus dem Himmel Gefallenen nur schmerzlich sein. Doch gerade das Amts- und Dienstverständnis, das Guttenberg für sich reklamierte, ließ ihm am Ende keine andere Wahl.

FAZ, 01. März 2011

22

Psychische Störung

Immer mehr Kinder sind magersüchtig

Von Esther Göbel

Früher waren Anorexie-Patientinnen im Alter von zwölf bis 14 Jahren die Ausnahme - heute sind sie die Regel. Und die Krankheitsverläufe sind bei ihnen oft besonders schwer und langwierig.

An einem Tag im September beschließt Nadine, nicht mehr regelmäßig zu essen. Anfangs verzichtet sie auf Fleisch, dann auf die geliebten Süßigkeiten. Sie spart das Frühstück ein, später auch die Mittagsmahlzeit. Sechs Monate nach ihrem Beschluss und kurz bevor sie im Krankenhaus vorstellig wird, besteht Nadines Tagesration nur noch aus einem Löffel Apfelmus und einer Scheibe Brot. Bei einer Größe von 1,72 Meter wiegt sie 44,9 Kilogramm.

In ihrem alten Leben aß Nadine gerne Semmelaufwurf mit Rosinen und Äpfeln, fuhr Einrad und freute sich an Insekten, die sie beim Krabbeln in der Natur beobachtete. Sie war ein fröhliches, aufgeschlossenes Mädchen, das gerne zur Schule ging, sagt die Mutter.

In ihrem neuen Leben kann Nadine nicht einmal mehr ein trockenes Brötchen essen, ohne daran zu denken, sie könne fett werden. Alles dreht sich um das Thema Essen oder vielmehr darum, es nicht zu tun. Hungern ist zu ihrer Obsession geworden; wenige Kilos auf der Waage und gute Schulnoten seien das Einzige, worüber sie sich noch freuen könne, sagt Nadine.

Sie ist zu diesem Zeitpunkt zwölf Jahre alt.

Das Mädchen leidet an Magersucht - einer Krankheit, die Experten zunehmend auch bei Kindern beobachten und die zu den schwersten psychosomatischen Erkrankungen zählt. Zwar bleibt die Anzahl der Anorexiepatienten seit Jahren in etwa konstant; im bekannten Risikoalter zwischen 13 und 25 Jahren erkrankt etwa jeder Hundertste, die meisten sind Frauen oder Mädchen. "Aber im Klinikalltag kann man in den vergangenen 20 Jahren klar beobachten, dass die Patienten immer jünger werden", sagt Ernst Pfeiffer, Oberarzt der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie der Charité Berlin. Im Jahr behandelt er bis zu drei Kinder im Alter von zehn bis elf Jahren, die an Magersucht leiden. Die Fälle seien selten - noch. Doch Patientinnen im Alter von zwölf bis 14 Jahren sind schon heute die Regel und waren früher die Ausnahme.

Im Therapiezentrum für Essgestörte (TCE) in München ist Nadine momentan die jüngste Patientin, vor einigen Wochen erst hat sie ihren 13. Geburtstag gefeiert. Doch in diesen Tagen bezieht ein elfjähriges Mädchen sein Klinikbett; das Kind leidet bereits seit zwei Jahren an Magersucht. "Vor zehn Jahren, als ich hier angefangen habe, hat es so etwas nicht gegeben", sagt Karin Lachenmeir, die Leiterin des TCE.

Nadine ist es egal, was die Experten sagen. Ihre Gedanken kreisen momentan allein um die Frage, ob sie in den vergangenen Tagen zugenommen hat oder nicht. Es ist ein Montagmorgen, acht Uhr, gleich muss sie zum Wiegen antreten. Das Wochenende hat sie zu Hause verbracht. Es war kein gutes; wieder hatte Nadine Streit mit ihren Eltern, weil sie ihren streng geregelten Essensplan nicht einhalten wollte. Eigentlich hätte sie am liebsten gar nichts gegessen, sie überlegt, ob sie die Therapie abbrechen soll.

[...]

Warum schon Kinder ein Problem mit fünf Gramm Butter bekommen und an Anorexie erkranken, darüber rätseln die Experten noch. Sie können viele Fragen zur Magersucht nicht beantworten, etwa welche Rolle die Hormone spielen oder warum Mädchen viel häufiger erkranken als Jungen. Fest

steht: Es gibt kein einheitliches Muster, das sich auf alle Kinderpatienten anwenden ließe; die Erkrankung ist immer ein Zusammenspiel mehrerer Ursachen.

Eine davon ist die Pubertät, die heute wegen der besseren Ernährung viel früher einsetzt als noch vor zehn oder 20 Jahren - für viele Kinder zu früh. "Ich denke, das ist ein entscheidender Grund", sagt Beate Herpertz-Dahlmann, Direktorin der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie in Aachen. "Die Lebenswirklichkeit eines zwölfjährigen Kindes ist heute eine ganz andere als noch vor 30 Jahren", ergänzt der Berliner Oberarzt Pfeiffer. Themen wie Aussehen und der eigene Körper werden heute viel früher diskutiert, schon auf den Höfen der Grundschulen.

Süddeutsche Zeitung.de, 17.06.2011

2/2

**SERIE LETTRES ET ARTS
ALLEMAND
ANALYSE LV1 TEXTE HORS
PROGRAMME**

Iran: Moralpolizei überwacht Dresscode

Runter mit den westlichen Klamotten

Von Camilo Jiménez

Nach den Frauen sind nun die Männer dran, die sich nicht an den Dresscode des Regimes halten: Irans Moralpolizei sucht nach Männern mit Ketten, mondänen Frisuren oder kurzärmeligen Hemden. Wer sich falsch anzieht, muss eine Geldstrafe fürchten - und sogar eine Verhaftung.

Die Moraltrupps des Iran sind wieder im Einsatz, 70 000 Mann patrouillieren seit Beginn dieser Woche durch die Straßen iranischer Städte und vollstrecken Razzien. Gesucht werden Männer, die Halsketten tragen - und werden sie gefunden, droht ihnen eine Geldstrafe oder sogar die Verhaftung. Denn Ketten, so ein neuer Nachtrag in Teherans "Plan zur Sicherung der Moral", der am Dienstag bekannt wurde, seien "nicht islamisch". Sie stellten ein "kulturelles Problem" dar, das zur "blinden Imitation der vulgären westlichen Kultur" führe.

Intoleranz gegen den Westen ist im Iran nicht neu, auch nicht in scheinbar nachrangigen Dingen wie dem Dresscode. Bereits im Jahr 2001 gab es Berichte über die sogenannte Moralpolizei des Geistlichen Führers Ajatollah Ali Khamenei, die eine Übernahme westlicher Moden verhindern sollte. Wer "Zeichen und Symbole der Depravation" öffentlich präsentierte, wurde bestraft. Schon damals wollte das Parlament den Besitz von Hunden kriminalisieren. Ladenbesitzer warnte die Polizei davor, Damenunterwäsche und nackte Mannequins in die Vitrinen zu stellen oder Produkte zu verkaufen, die westliche Prominente zeigten. In Cafés durften Frauen nicht bedient werden, die sich nicht an den Dresscode des Regimes hielten.

Insbesondere Frauen stehen unter Druck. Das Frauenbild der Revolution sieht das *hijab* vor, das Kopftuch als Emblem der antiwestlichen Emanzipation. Die Hüter der iranischen Moral unterdrücken den immer populäreren *bad hijab*: das lose Kopftuch, das viel Haar freilässt, oft mit engen Mänteln und kurzen Hosen getragen wird und als Symbol einer souveränen Gesellschaft gilt. Frauen, die sich nicht von Kopf bis Fuß bedecken, müssen mit Strafen rechnen.

Doch jetzt sind es die Männer, die in den Blick der Moralpolizei geraten. Nicht nur Ketten tauchen im Katalog des Verbotenen auf, sondern auch mondäne Haarschnitte und kurzärmelige Hemden. Betroffen sind vor allem junge Männer, die sich nach einer offenen Gesellschaft sehnen und westliche Werte nicht als Sünde, sondern als Fortschritt ansehen. Es waren just junge Männer und Frauen, wohl auch mit Kettchen und Pferdeschwanz, die den arabischen Frühling in Gang setzten.

Ob die neuen Aktionen der iranischen Moralpolizei eine präventive Maßnahme gegen einen Aufstand bilden, bleibt offen. Das Ketten-Verbot erinnert jedenfalls an den Ruf "a bas les costumes!" (Nieder mit den westlichen Klamotten!) des ehemaligen kongolesischen Präsidenten Mobutu Sese Seko. Jeder Bürger hatte von 1971 an eine Weste mit Mao-Kragen zu tragen. Jahre später wurde die Vorschrift abgeschafft, und Mobutu ging in die Weltgeschichte des Grotesken ein. Bessere Aussichten hat das iranische Kettenverbot nicht.

Süddeutsche Zeitung.de, 19.06.2011

M/M

**SERIE LETTRES ET ARTS
ALLEMAND
ANALYSE LV1 TEXTE HORS
PROGRAMME**

Ausstieg aus der Kernenergie

Atom - der totalitäre Strom

Ein Kommentar von Karl-Heinz Büschemann

Ist der deutsche Atomausstieg wirklich ein weltweiter Sonderweg? Nein. Wer sich die Entwicklungen genau anschaut, der stellt fest: Die Kernkraft hat in Demokratien und Marktwirtschaften keine Zukunft, sie ist die Energieform der totalitären Staaten.

Die Franzosen sind sauer auf die Deutschen. Der Ausstieg aus der Atomenergie sei ein Alleingang, der sich politisch noch nachteilig auswirken werde, so die Regierung in Paris. Auch Teile der deutschen Wirtschaft sind ungehalten. Sie glauben, die wichtigste Industrienation Europas verabschiede sich ohne Not aus einer Schlüsseltechnologie, die in anderen Teilen der Welt mit großem Aufwand und Erfolg weiterbetrieben werde. Ist es also ein Fehler, die Versorgung des Landes mit Atomstrom aufzugeben?

Nein, der Ausstieg ist richtig. Er ist zu verkraften, weil die Strommengen, die aus Uran erzeugt werden, in der Welt wie in Deutschland vergleichsweise gering sind. Wie zur Bestätigung dieser These hat sich gerade auch Italien per Referendum von der Atomkraft verabschiedet. Wenige Tage zuvor verkündete die Schweiz das Ende des Atomzeitalters.

Die Atomkraft wird in der ganzen Welt kritisch gesehen, auch wenn Länder wie China oder Russland demonstrativ am Atomstrom festhalten. Diese Technologie ist teuer und problematisch. Sie birgt langfristige Risiken für die Menschen, wie sie im Fall von Fukushima wieder deutlich wurden, und sie wird politisch immer schwerer durchsetzbar.

Der Bau von Kernkraftwerken kostet Milliarden, er dauert Jahre. Zudem ist die Frage der Endlagerung der abgebrannten Brennelemente weltweit ungeklärt. Auch deshalb wurden in den zurückliegenden Jahren vergleichsweise wenige AKWs gebaut. Nur 84 der 440 Meiler in der Welt sind jünger als 20 Jahre. Richtig ist aber auch, dass weltweit derzeit 64 Kernkraftwerke im Bau sind.

Auffällig ist, dass vor allem in Ländern gebaut wird, die Diktaturen sind oder nur Scheindemokratien. China, der größte Energieverbraucher der Zukunft, arbeitet gerade an 27 Meilern, in Russland sind es elf neue Kernkraftwerke. In diesen Ländern ist die Energiewirtschaft klare Staatsaufgabe. Widerstand der Menschen ist unwahrscheinlich.

In demokratischen und von Marktwirtschaft dominierten Ländern dagegen, wo private Investoren die Risiken und Kosten für Energieinvestitionen schultern müssen, entstehen nur wenige Meiler. Ausnahmen sind Südkorea und Indien, wo je fünf Meiler im Bau sind, ansonsten herrscht vornehme Zurückhaltung. Selbst in Frankreich, Europas Atomland Nummer eins, ist nur ein neues Nuklearkraftwerk im Entstehen, und die Medien des Landes legen Zeugnis ab davon, dass die Skepsis der Bevölkerung in Bezug auf diese Technologie wächst.

Oder haben diejenigen recht, die behaupten, der großflächige Ausbau der Kernenergie stünde in manchen Ländern erst bevor? Tatsächlich haben Amerika und Großbritannien gewaltige Ausbaupläne angekündigt. Das aber sind Ankündigungen von Politikern, die ohne Folgen blieben. Die Politiker missachteten Warnzeichen

In Großbritannien, wo Premierminister Tony Blair schon 2006 reihenweise neue Atommeiler versprach, gibt es bis heute kein neues Projekt. In den USA, wo das letzte Kernkraftwerk 1973 in Betrieb ging, verlangte schon Präsident George W. Bush 2001 den Ausbau der Nuklearenergie. Doch nur an einem einzigen AKW wird inzwischen gebaut. Auch Schweizer und Italiens Politiker hatten den Ausbau der Atomkraft angekündigt, bevor ihre Pläne jetzt gestoppt wurden.

1/2

Billige und saubere Atomkraft war nach dem Zweiten Weltkrieg ein Traum der Menschheit. Er hat sich nicht erfüllt. Preiswert war Atomstrom nie, er konnte nur Bedeutung erzielen, weil er massiv subventioniert wurde. In Deutschland galt Atomkraft als Hochtechnologie, die eine Industrienation beherrschen müsse. Jetzt dominiert die nüchterne Betrachtung, dass Atomstrom in Wahrheit teuer und gefährlich ist.

Dazu hat Fukushima beigetragen, aber das ist nicht alles. Schon vor der Katastrophe war den meisten Energiemanagern klar, dass Nuklearmeiler keine Gewinnbringer sein können, wenn ihnen der Staat Risiken und Kosten nicht zum großen Teil abnimmt. Nicht ohne Grund weigern sich Versicherungskonzerne, die Risiken der Meiler gegen Katastrophen zu versichern. Dieses Warnzeichen hätten die Politiker auch schon früher wahrnehmen können.

Süddeutsche Zeitung.de, 16.06.2011

Rezepte für den griechischen Patienten

Ein Überblick von Bastian Brinkmann

Viele Experten, noch mehr Meinungen: Der Schuldenstaat Griechenland leidet - doch nicht nur die Hellenen selbst, auch die EZB und der deutsche Finanzminister sind sich uneins, wie geholfen werden soll. Dabei hängt ein ganzes Land am Tropf und braucht dringend Hilfe. Welcher Akteur setzt auf welche Behandlung?

Griechenland leidet, ein Pfund Butter kostet inzwischen fünf Euro. Die Regierung spart und kürzt und privatisiert, um die Schuldenkrise in den Griff zu bekommen. Die griechischen Bürger stöhnen - und streiken.

Die gute Nachricht: Alle wollen Griechenland helfen, die Chefs der Euroländer, die Europäische Zentralbank, der Internationale Währungsfonds. Die schlechte: Die Lösungsvorschläge sind unterschiedlich und widersprechen sich. In Brüssel konnten sich die Euro-Finanzminister am Dienstagabend nicht auf einen Kompromiss für ein neues Milliardenpaket einigen. Die Vorschläge, wie es mit Griechenland weitergehen soll, sind zu verschieden. Ein Überblick.

Eine Idee: Einfach alles laufen lassen und nichts tun. Mehr Urlaub für Politiker, fordert süffisant die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*. Anstatt hektisch neue Hilfen für Hellas zu bewilligen, sollten sich die europäischen Regierungschefs auf einer sonnigen Insel entspannen, schlug das Blatt vor und zitierte den Vertrag über die Europäische Union: "Die Union haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein." Die griechische Schuldenkrise gehe Merkel, Sarkozy und Co. also nichts an.

Das sieht die deutsche Regierung allerdings anders. Finanzminister Wolfgang Schäuble will neue Milliardenhilfen für Griechenland. "Die Lage in Griechenland und damit die in Europa ist ernst", sagte Schäuble, kurz bevor er im Bundestag die Erlaubnis bekam, über neue Hilfspakete zu verhandeln. Doch dabei geht es um viel Geld: Griechenland könnte bis zu 120 Milliarden Euro benötigen - zusätzlich zu den bisherigen Milliardenhilfen. Die Idee hinter diesen Rettungspaketen: Griechenland soll Zeit bekommen. Normalerweise finanzieren sich Staaten am Kapitalmarkt wie jeder Häuslebauer - nur wird Griechenland schief angeguckt, wenn es die Bank betrifft. Denn nicht jeder traut Griechenland zu, die Kredite zurückzahlen zu können. Zuletzt hat die Ratingagentur¹ Standard & Poor's langfristige Staatsanleihen auf CCC herabgestuft: kurz vor Bankrott. Wer von den Agenturen eine schlechte Note bekommt, muss höhere Zinsen zahlen - unerträglich hoch im Falle Griechenlands.

Bis die Finanzmärkte Griechenland wieder trauen, springt Europa als Geldgeber ein. Je länger diese Zweifel jedoch andauern, desto mehr Hilfe braucht Griechenland. Umsonst bekommen die Hellenen das Rettungsgeld aber nicht, sie zahlen Zinsen.

Die Banken freiwillig verpflichten?

Das neue Paket sollen aber nicht die Mitgliedsstaaten alleine stemmen. Das forderte Finanzminister Schäuble in einem Brief an seine europäischen Kollegen. Stattdessen will er private Investoren substanzial beteiligen, also Banken und Versicherungen, die von Griechenland Anleihen gekauft haben. Sie sollen auf 30 bis 35 Milliarden Euro verzichten. Dies könnte geschehen, indem sie die Laufzeiten ihrer griechischen Anleihen um sieben Jahre verlängern.

Der Knackpunkt: Schäuble will die Privaten höflich zwingen. Sie sollen sich freiwillig verpflichten. Das klingt paradox und ruft Kritiker auf den Plan. Denn wenn Anleger auf einen Teil ihrer Rendite verzichten müssten, werden die Ratingagenturen mit hoher Wahrscheinlichkeit ein sogenanntes *Credit*

¹ L'agence de notation

Event ausrufen. Der Begriff bezeichnet eigentlich einen Zahlungsausfall, wenn also der Häuslebauer seinen Job verliert und die Raten nicht mehr stemmen kann.

Süddeutsche Zeitung.de, 15.06.2011

ENS DE LYON - Concours Lettres et sciences humaines
Série SES – session 2011

Épreuve d'admission : Langue vivante - Allemand

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT

Vous devez impérativement :

- 1- écrire lisiblement vos noms et prénoms,
- 2- signer, ci-dessous,
- 3- remettre votre sujet au jury et lui présenter

SERIE ECO ET SOCIALES
ALLEMAND

ANALYSE ET COMMENTAIRE

NOM:

Prénom:

Alles Spitze

Der Spiegel, 28. Februar 2011- von Jan Friedmann und Markus Verbeet

Deutsche Professoren verteilen beste Zensuren im Übermaß. Die weiche Welle schadet dem Ansehen der Universitäten - und den Berufschancen der Absolventen.

Die Basis ist sauer, und sie leidet unter Selbstzweifeln. "Wer seine Promotion tatsächlich in jahrelanger Mühe formuliert hat, ärgert sich nun, dass man mit einem Plagiat die Bestnote erreichen kann", sagt Norman Weiss, Vorsitzender der größten deutschen Doktorandenvereinigung Thesis.

Dass Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg wegen abgekupfelter Passagen der Dokortitel entzogen wurde, ist dabei die eine Sache. Die andere ist, dass der CSU-Politiker für seine Arbeit im Fach Jura von der Universität Bayreuth auch noch ein "summa cum laude" erhielt, eine Eins mit Sternchen.

Die Affäre, so die Meinung in den Arbeitskreisen und Internetforen der Doktoranden, könnte deshalb der akademischen Gemeinde am Ende mehr schaden als Guttenberg selbst. Denn sie wirft ein Licht auf die Benotungspraxis an deutschen Hochschulen: Was zählt eine Spitzenzensur noch, wenn man sie sich auch zusammenkopieren kann? [...]

Die Berechnungen des SPIEGEL zeigen, dass im Vergleich zu 1997 die Zensuren auf hohem Niveau noch zugelegt haben. So schnitten 52 Prozent aller Absolventen in Psychologie mit der Note "sehr gut" ab, fast alle schafften mindestens ein "gut". Ähnlich sieht es in Physik, Biologie oder Chemie aus, und auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften wird milder geurteilt als ein gutes Jahrzehnt zuvor. [...]

Für die Absolventen wirkt sich die galoppierende Noteninflation ähnlich aus wie das Gelddrucken eines Landes für Sparer: Der Wert der Urkunde mit einer Top-Zensur sinkt im Wettbewerb um Status und Berufschancen - schließlich haben fast alle anderen auch eine Spitzennote auf dem Zeugnis.

Der Hochschulabschluss droht zum Pseudoprädikat zu werden, und das gilt auch für das einstige Prunkstück der Gelehrsamkeit, den Dokortitel. "In erster Linie kommt es bei der Benotung darauf an, dass die Studierenden eine verlässliche Rückmeldung über ihre Studienleistungen erhalten", sagt Margret Wintermantel, die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz.

"Wir brauchen wieder ein realitätsgetreues Abbild des Leistungsvermögens", fordert Bernhard Kempen, Präsident des deutschen Hochschulverbands. Der Professoren-Vertreter sieht die Verantwortung indes nicht nur bei den Universitäten: Druck für gute Noten komme auch von außen, "für die Politik ist jede nicht bestandene Prüfung ein Systemversagen". Doch es gehöre zum Wesen einer Prüfung, dass man auch durchfallen könne. [...] Die SPIEGEL-Auswertung lässt aber erahnen, was zu erwarten ist: alles Spitze, jedenfalls auf dem Papier. Mit der Folge, dass Personalchefs inzwischen lieber auf standardisierte Auswahltests oder aufwendige Assessment-Center setzen, wenn es gilt, leistungsstarke Bewerber herauszufiltern.

Wer etwas werden will, muss sich anders beweisen - durch ein gewandtes Auftreten à la Guttenberg oder durch einen imposanten Lebenslauf. Der Kölner Bildungsökonom Axel Plünnecke hält das für sozial ungerecht: "Wenn die Note entwertet wird und stattdessen Praktika, Auslandsaufenthalte und außeruniversitäres Engagement in den Vordergrund treten, werden Kinder aus ärmeren Familien benachteiligt." [...]

ENS DE LYON - Concours Lettres et sciences humaines
Série SES – session 2011

Épreuve d'admission : *Langue vivante - Allemand*

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDA/

Vous devez impérativement :

- 1- écrire lisiblement vos noms et prénoms,
- 2- signer, ci-dessous,
- 3- remettre votre sujet au jury et lui présente

SERIE ECO ET SOCIALES
ALLEMAND

ANALYSE ET COMMENTAIRE

NOM:

Prénom:

Die grüne Hölle

Der Spiegel, 21. März 2011- von Markus Feldenkirchen

Im Französischen Viertel in Tübingen sind die Grünen die stärkste Volkspartei. Seine Bewohner haben sich in gediegenem Luxus eingerichtet. Der Widerstand gegen Atomkraft war hier fast schon vergessen.

[...] Boris Palmer wurde vor vier Jahren zum ersten grünen Oberbürgermeister Tübingens gewählt. Seine Partei ist hier nicht nur Volkspartei, sondern Massenpartei. Bei der Wahl kam er im Französischen Viertel auf fast 70, der Kandidat mit CDU-Parteibuch auf 0,7 Prozent. Nun, da die Atomkraft zum wichtigsten Thema der Landtagswahl in Baden-Württemberg am kommenden Sonntag geworden ist, könnten die Grünen erstmals die 80-Prozent-Hürde nehmen.

Deutschlandweit steigt die Partei seit einiger Zeit bei Meinungsumfragen in ungekannte Höhen auf. Von den neuen Bürgerlichen ist die Rede, einer neuen Klientel. Bislang jedoch ist unklar geblieben, wofür dieses Milieu tatsächlich steht, und vielleicht findet man die Antwort darauf am besten in diesem Viertel zu Palmers Füßen, wo die Menschen zwar auch bestürzt sind über die Ereignisse in Japan, aber wo die Wut nicht ausreicht, um an einer der vielen Demonstrationen teilzunehmen. Wie leben die modernen grünen Wähler, wie essen, arbeiten, wohnen sie gern? Was ist ihnen wichtig im Leben?

Als Syra und Ansgar Thiel hier das erste Mal durch die Straßen liefen, glaubten auch sie, sich ins Paradies verirrt zu haben. Oder wenigstens in die Toskana.

Die Einwohner saßen im Café, auf ihrem Balkon, lasen Zeitung, tranken Kaffee, Kinder spielten auf Straßen und Innenhöfen, das Leben fühlte sich italienisch an. "Das wollen wir auch haben", sagte Syra Thiel zu ihrem Mann.

Sie schlossen sich einer der vielen Baugemeinschaften im Viertel an, elf Parteien, die ihr Glück gemeinsam pflanzen. Volldemokratisch. Sie diskutierten alles, von der Beschaffenheit der Waschbecken bis zur Heckenbepflanzung im Innenhof. Am Ende stand ein gläserner Tempel an der Hauptstraße des Viertels. [...]

So richtig grün, also im klassischen Sinne, seien sie ja gar nicht, sagt Syra Thiel. Selbst bei der Atomkraft sei sie nie ganz sicher, ob sie dafür oder dagegen sein soll, selbst heute nicht, da der GAU in Japan gezeigt hat, was diese Technologie mit der Erde anrichten kann. Das mit dem Ökologischen spiele eine Rolle, für sie sei aber am wichtigsten, dass es die Kinder gut haben. Nach der Geburt des letzten Sohnes habe sie das Viertel lange nicht verlassen.

Der grüne Horizont mag in guten Momenten bis nach Japan oder Bangladesch reichen, oft aber endet er am Sandkasten der eigenen Kinder. Das gesellschaftliche Engagement vieler Familien im Französischen Viertel beschränkt sich auf den Kauf einer Flasche K21-Bioapfelsaft im Bioladen "Rote Rübe". Auf dem Etikett der Saftflasche prangen das Stuttgart-21-Protest-Emblem und der Hinweis "21 Cent an den Widerstand".

Der Grünen-Wähler von heute sei am leichtesten über seine Lebenswelt zu beschreiben, sagt Bürgermeister Palmer oben auf seiner Dachterrasse. Man lege, erstens, großen Wert auf Kinderbetreuung und Schule.[...] Dann auf Kultur, Offenheit und Toleranz. [...] Auf Biolebensmittel. [...] Man fahre lieber Fahrrad als Auto. [...] Und sei trotz seines ökologischen Bewusstseins ein großer Freund von Fernreisen. [...] "Da geht es gern mal auf die Malediven." [...]

ENS DE LYON - Concours Lettres et sciences humaines
Série SES – session 2011

Épreuve d'admission : *Langue vivante - Allemand*

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDID
Vous devez impérativement :

- 1- écrire lisiblement vos noms et prénoms,
- 2- signer, ci-dessous,
- 3- remettre votre sujet au jury et lui présent

SERIE ECO ET SOCIALES
ALLEMAND

ANALYSE ET COMMENTAIRE

NOM:

Prénom:

Epidemie im Internet

Der Spiegel, 28. März 2011- von Matthias Bartsch; Sven Becker; Andrea Brandt; Marcel Rosenbach

Eine Website dient als Plattform für anonyme Mobbing-Attacken unter Schülern. Vor allem Gymnasiasten fallen übereinander her, etliche Schulen entwickeln nun Abwehrtechniken.

So richtig erklären kann sich Barbara Witting bis heute nicht, was an der Jüdischen Oberschule Berlin in den vergangenen Monaten geschehen ist. "Das hat uns alle so wahnsinnig getroffen", sagt die erfahrene Schulleiterin beim Gang durch das Schulhaus in einer idyllischen Seitenstraße von Berlin-Mitte. "Bei uns herrscht doch sonst so ein gutes Miteinander." Bis da diese Website online ging.

Im Januar fingen einige der 420 Schüler auf dem Schulhof an, darüber zu tuscheln. Es gebe eine neue Adresse, "iShareGossip", zu Deutsch: "Ich teile Klatsch und Tratsch mit anderen". Auf der ließen sich Klassenkameraden beschimpfen, anonym, und niemand könne nachprüfen, wer was geschrieben habe. Die Einträge im Netz entsprachen gar nicht dem Selbstverständnis der noblen Privatschule, auf der viele Schauspieler- und Unternehmerkinder mitten in den Abiturprüfungen stecken.

Die Frage nach dem "beschissensten Lehrer" ist noch harmlos. Meist fallen die Schüler übereinander her (...). Das Lästern verbreitete sich wie eine Epidemie: Bald konnte jeder zehnte Schüler der Oberschule einen Eintrag über sich finden.

iShareGossip liefert inzwischen bundesweit Diskussionsstoff auf Schulhöfen, in Lehrerzimmern und bei Elternabenden. [...] Inzwischen hat sich gar die Bundespolitik der Website angenommen. [...]

Abschalten, sperren, am besten sofort - erregte Eltern, Lehrer und frustrierte Ermittler fordern, die Website vollständig aus dem Netz zu nehmen. Doch wie schon in früheren Fällen von Mobbing im Internet ist das schwer möglich. "Die Betreiber haben sich von Beginn an bewusst konspirativ verhalten und ihre wahre Identität verschleiert", sagt Günter Wittig von der ermittelnden Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main. Hessische Spezialisten von der Zentralstelle für Internetkriminalität arbeiten jetzt unter Hochdruck daran, die Verantwortlichen zu ermitteln. [...]

Während viele Schulen noch mit der steigenden Popularität der Website zu kämpfen haben, hat die Wöhlerschule in Frankfurt am Main einen Weg jenseits von Verboten gefunden: Lehrer und Schüler schlagen die Mobbing-Plattform mit ihren eigenen Waffen.

Das Gymnasium war eine der ersten Schulen in Deutschland, an der die Website Anfang des Jahres für Hetzkampagnen gegen Mitschüler sorgte. Schulleiter Norbert Rehner, der sein Gymnasium als "Medienkompetenz-Schule" bezeichnet, ging durch die Klassen und sprach das Thema offensiv an. Ein Schüler schmuggelte sich daraufhin als Moderator bei iShareGossip ein und löschte die Lästerei beiträge über seine Mitschüler.

Andere Schüler des Wöhler-Gymnasiums fluteten die Website mit massenweise Nonsense-Einträgen, die Betreiber kamen mit dem Löschen nicht mehr hinterher. Die Folge: iShareGossip wurde für die Frankfurter Schüler uninteressant. "In den letzten Wochen haben wir nur noch einen einzigen Mobbing-Beitrag in der Rubrik Wöhlerschule gefunden", sagt Schulleiter Rehner. [...]

ENS DE LYON - Concours Lettres et sciences humaines
Série SES – session 2011

Épreuve d'admission : Langue vivante - Allemand

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT

Vous devez impérativement :

- 1- écrire lisiblement vos noms et prénoms,
- 2- signer, ci-dessous,
- 3- remettre votre sujet au jury et lui présenter

SERIE ECO ET SOCIALES
ALLEMAND

ANALYSE ET COMMENTAIRE

NOM:

Prénom:

Dilemma mit Vorgeschichte

Sueddeutsche.de, 08. Februar 2011- von Wolfgang Janisch

Menschenrechte wahren oder die Bevölkerung schützen? Unter großem Druck verhandelt das Bundesverfassungsgericht über die Frage der Sicherungsverwahrung.

Der öffentliche Druck, der auf den Verfassungsrichtern lastet, dürfte gewaltig sein: An diesem Dienstag verhandelt der Zweite Senat unter Vorsitz von Andreas Voßkuhle über die Sicherungsverwahrung. Oder, um es präziser auszudrücken: darüber, ob demnächst etwa 100 Straftäter ihre Zellen verlassen und in ein Wohnviertel ihrer Wahl ziehen dürfen.

Verfassungsgericht verhandelt über Sicherungsverwahrung –

Denn der Straßburger Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) hat in seinem Urteil vom Dezember 2009 und weiteren Entscheidungen die Verwahrung gefährlicher Täter in Deutschland beanstandet und die deutschen Gerichte damit vor eine geradezu tragische Alternative gestellt: Sie müssen entscheiden, ob sie menschenrechtswidrig eingesperrte Häftlinge freilassen oder nicht. Tun sie es, laufen sie Gefahr, von der Öffentlichkeit für mögliche Opfer haftbar gemacht zu werden; die Boulevard-Presse titelt in solchen Fällen gerne "Justiz-Irrsinn". Lassen sie es aber sein, müssen sich die obersten Richter Deutschlands fragen lassen, wie sie es mit elementaren Grundsätzen wie dem Recht auf Freiheit und dem Verbot rückwirkender Bestrafung halten.

Über vier Häftlings-Beschwerden verhandelt das Bundesverfassungsgericht - und sie alle müssten, nähme man den Straßburger Gerichtshof beim Wort, wohl freigelassen werden. Noch ist nicht ausgemacht, ob sich Karlsruhe für Purismus oder Pragmatismus entscheidet. Allerdings beginnt sich bei den Gerichten eine Art Kompromiss abzuzeichnen: Danach müssten die gefährlichsten Täter hinter Gittern bleiben, nur die weniger Gefährlichen könnten unter Berufung auf die Europäische Menschenrechtskonvention freikommen. [...]

Ist nun der Straßburger Gerichtshof für das Dilemma verantwortlich? Die Vorgeschichte zeigt: Der EGMR hat lediglich ein Problem virulent gemacht, dessen Eskalation vermeidbar gewesen wäre (...).

[...] Der deutsche Gesetzgeber hatte 1998 unter dem Eindruck spektakulärer (wenn auch seltener) Sexualmorde die auf zehn Jahre begrenzte Höchstdauer der Sicherungsverwahrung aufgehoben - eine Frist, die übrigens von den liberalen Reformern der 70er Jahre eingeführt worden war. Fortan konnten gefährliche Straftäter also im Extremfall lebenslang weggesperrt werden. Wohlgedenkt: (...)Sicherungsverwahrung sollte keine Strafe sein, sondern eine "Maßregel" zum Schutz der Bevölkerung. [...]

2004 schrieb das Bundesverfassungsgericht, die Sicherungsverwahrung dürfe nicht zum "reinen Verwahrvollzug" werden, weil es eben nicht mehr um Bestrafung gehe. Die Häftlinge müssen "eine konkrete und realisierbare Chance haben, die Freiheit wiederzuerlangen" - etwa Therapiemöglichkeiten. Doch die Mahnung aus Karlsruhe fiel zu milde aus - und blieb fruchtlos. [...]

ENS DE LYON - Concours Lettres et sciences humaines
Série SES – session 2011

Épreuve d'admission : *Langue vivante - Allemand*

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDID

Vous devez **impérativement** :

- 1- écrire **lisiblement** vos noms et prénoms,
- 2- signer, ci-dessous,
- 3- remettre votre sujet au jury et lui présenter

SERIE SCIENCES ECO ET SOCIALES
ALLEMAND
ANALYSE ET COMMENTAIRE

NOM:

Prénom:

Moratorium für Langzeitverlängerung – Mufti Merkel

Süddeutsche.de, 16. März 2011- von Thorsten Denkler

Die Ankündigung der Kanzlerin, die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke auszusetzen, erinnert an Schröders Basta-Politik. Vom Altkanzler ist aber nicht bekannt, dass er sich so offensichtlich für eine Sache zum Rechtsbrecher gemacht hätte.

Seit Monaten regt sich in den Fraktionen von Union und FDP Widerstand gegen eine Bundesregierung, die die Parlamentarier nicht rechtzeitig informiert, sie ignoriert, über ihre Köpfe hinweg entscheidet. Sei es das Euro-Rettungspaket, die Aussetzung der Wehrpflicht ohne Gesetz - oder jetzt das angebliche Moratorium für die Laufzeitverlängerung: Die Abgeordneten können im besten Fall nur noch abnicken, was Merkel beschließt.

Atomdiskussion wieder entbrannt

Mit dem Moratorium erlebt das Parlament einen weiteren Höhepunkt seiner Entmachtung. Merkels Ankündigung, die von Schwarz-Gelb im Herbst beschlossene Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke auszusetzen, erinnert an Schröders Basta-Politik. Vom Altkanzler ist aber nicht bekannt, dass er sich so offensichtlich für eine Sache zum Rechtsbrecher gemacht hätte.

Die Verlängerung ist, nein, sie war das Herzstück des gesetzlich beschlossenen und vertraglich fixierten Energiekonzeptes der Bundesregierung. Jetzt will davon keiner mehr etwas wissen. Atomkraft ist plötzlich igitt und bäh, seit in Japan nach Erdbeben und Tsunami Atomreaktoren außer Kontrolle geraten sind. Die größten Atom-Hardliner gerieren sich plötzlich als Atomkritiker, denen nie etwas mehr am Herzen lag als die Sicherheit. "Alles Wendehälse, wie sie da stehen", ereifert sich SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann.

Selbst FDP-Chef Guido Westerwelle, der das Energiekonzept noch mit viel Verve verteidigt hat, distanziert sich gehörig vom eigenen Tun. In der Fraktionssitzung der FDP am Dienstag erklärte er, er hätte dem Konzept nicht zugestimmt, wenn er da schon die Erkenntnisse von Japan gehabt hätte.

Das ist natürlich Blödsinn. Es ging immer um Geld und um Macht. Und das gilt auch weiter. [...]

Für die SPD ist klar: "Angela Merkel operiert außerhalb der Verfassung", sagt Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann. Er fordert ein Abschaltgesetz - kommende Woche will seine Fraktion so ein Gesetz dem Bundestag vorlegen.

Auch der Rechtsexperte der Grünen, Jerzy Montag, sagte, das von der Koalition durchgesetzte Gesetz könne weder die Kanzlerin noch die Bundesregierung einfach "par ordre du Mufti aus den Angeln heben". [...]